

---

**N i e d e r s c h r i f t**

**über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 19.01.2022**

**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:25 Uhr  
**Sitzungsort:** per Videokonferenz

**Teilnehmer/-innen:** siehe Anwesenheitsliste

**Öffentliche Tagesordnungspunkte**

**1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende des Haupt- und Personalausschusses, **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck**, eröffnet die per Videokonferenz stattfindende Sitzung um 16:30 Uhr und begrüßt die Mitglieder, Beigeordneten und Gäste. Er stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit insgesamt 6 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

**2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Die Abstimmung wird durch den **Ausschussvorsitzenden** namentlich erfasst und in einer Übersicht eingetragen. Die Übersicht wird der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Während des Tagesordnungspunktes tritt **Herr Fricke, Fraktion SPD**, der Videokonferenz bei (7).

**Abstimmungsergebnis: 07:00:00**

**3 Genehmigung der Niederschriften vom 03.11., 10.11., 17.11., 24.11., 02.12. und 28.12.2021**

Zu den Niederschriften der Sitzungen des Haupt- und Personalausschusses am 03.11.2021, 10.11.2021, 17.11.2021, 24.11.2021 und 02.12.2021, die gemeinsam mit dem Ausschuss für Finanzen stattfanden und am 28.12.2021 werden keine Änderungs- und/oder Ergänzungsanträge vorgebracht.

---

Der **Ausschussvorsitzende** stellt die Niederschriften zur Abstimmung

**Abstimmungsergebnis:**

03.11.2021: 07:00:00  
10.11.2021: 07:00:00  
17.11.2021: 07:00:00  
24.11.2021: 07:00:00  
02.12.2021: 07:00:00  
28.12.2021: 07:00:00

Nach den Abstimmungen tritt **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, der Videokonferenz bei (**8**).

**4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** gibt die nichtöffentlichen Beschlüsse der Sitzung vom 02.12.2021 bekannt:

Die Beschlussvorlage, welche eine Personalangelegenheit betrifft, wurde verwiesen.

Unternehmensangelegenheit

Bestellung eines Interimsgeschäftsführers für die DWG  
Vorlage: BV/445/2021/II-20BTM.

**5 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters**

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** erklärt, dass für den Berichtszeitraum keine Eilentscheidungen vorliegen.

## 6 Einwohnerfragestunde

Der **Ausschussvorsitzende** berichtet, dass ihm eine Anfrage mit drei Fragen eines Bürgers vorliegt und verliest diese.

### **Frage 1: „Warum kommen Sie ihrer gesetzlich vorgeschriebenen Aufgabe nicht nach?“**

„KVG LSA 45 Absatz 1: Sie (die Vertretung) überwacht die Ausführung ihrer Beschlüsse und sorgt dafür, dass in der Verwaltung auftretende Missstände durch den Hauptverwaltungsbeamten beseitigt werden.

Beschluss des Stadtrates: Der Stadtrat stimmt in seiner nächsten Sitzung über die Niederschrift ab. § 15 Absatz 4

§ 25 - Von den Vorschriften dieser Geschäftsordnung kann nur im Einzelfall und nur dann abgewichen werden, wenn gesetzliche Bestimmungen nicht entgegenstehen. Da dieses nicht abstimmen dauerhaft geschieht ist hier kein Einzelfall mehr gegeben. Gesetzliche Bestimmungen stehen dagegen.

§ 58 KVG LSA - Über die Niederschrift stimmt die Vertretung ab. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung.

Für die Sitzungen vom 03.11.2021, 10.11.2021, 17.11.2021, 24.11.2021, ist dies nicht die nächste Sitzung. Deshalb verstößt der Beschluss gegen die Beschlüsse des Stadtrates und das KVG LSA.“

Laut der Kommunalverfassung soll die Genehmigung der Niederschrift möglichst immer in der nächstfolgenden Sitzung erfolgen. Das war hier aufgrund knappen Sitzungsturnus Knappheit nicht möglich und somit wurden sie in der heutigen Sitzung einstimmig genehmigt, erläutert **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck**.

### **Frage 2: „Warum gibt es weder Einsicht noch eine Mitteilung der Kosten für die Einsicht in Niederschriften in Papierform im Rathaus?“**

„Der Bürger hatte hier schon mehrfach wegen Einsicht in die Niederschriften angefragt. Der Bürger soll das Ratsinfosystem benutzen so die Antwort. Das hat der Bürger auch versucht bei der Niederschrift des Bauausschusses vom 01.07.2021. Leider war diese nicht eingestellt. Deshalb wandte ich mich am 22.12.2021 an das entsprechende Fachamt, und weil dort keine Reaktion erfolgte an den Kommunalen Sitzungsdienst. Laut Antwort: Ich habe mich mit der zuständigen Sachbearbeiterin in Verbindung gesetzt. Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt vom 01.07.2021 wird heute im Laufe des Tages sichtbar sein. Das war am 23.12.2021. Bis heute ist dieses nicht sichtbar für den Bürger. Diese Angabe gilt für den Zeitpunkt der Abgabe dieser Anfrage. Belegt mit dem entsprechenden Screenshot. Entsprechende Uhrzeit.

Am 17.11.2021 wurde hier vom Bürger angefragt was die Einsicht in eine Niederschrift in Original Papierform vor Ort im Rathaus kostet. Diese Antwort wurde bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht erteilt. Wenn der Bürger auf dem Rathaus einsehen will, muss er zwingend zuallererst, eine verbindliche Kostenübernahme zusichern. Dies

ist eine Forderung aus dem Referat des Oberbürgermeisters. Das würde der Bürger auch machen, wenn man ihm den Preis mitteilen würde. Da vom Bürger schon 770 Euro für die Einsicht in Niederschriften verlangt worden, sollte wohl jeder nachvollziehen können, dass der Bürger hier keine pauschale Zusicherung der Kostenübernahme für die Einsicht in die Niederschrift geben kann, bei diesen Preisvorstellungen. Hier wird auf diese Art und Weise dem Bürger seit dem 23.12.2021 die Einsichtnahme in die Niederschrift verweigert. Dies ist ein Verstoß gegen die Kommunalverfassung und gegen die Beschlüsse des Stadtrates. Hier hätte schon die Einhaltung der Antwortfrist ganz einfach Abhilfe schaffen können. Dieses Beispiel dürfte wohl jedem klar machen, dass die von der Verwaltung so hochgepreisene Einsicht der Niederschriften im Ratsinformationssystem nicht möglich ist. Auch auf Nachfrage ist dieses nicht ersichtlich, auch bei mehreren anderen Personen nicht. Nochmals ganz klar, es geht hier um den ist Zustand zum Zeitpunkt der Abgabe der Frage. Es geht nicht um das, was die Verwaltung nach Zugang der Anfrage noch in dieser Sache getan hat.“

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** bedankt sich für den Hinweis und bestätigt, dass sich die fehlende Niederschrift in der Abarbeitung befindet. Er erläutert weiterhin, dass die Einsichtnahme von Niederschriften mit Kosten verbunden ist, wenn es sich um einen großen Aufwand für die Verwaltung handelt. In diesem speziellen Sachverhalt geht es um eine Vielzahl von Niederschriften aus den vergangenen Jahren. Die Niederschriften sind kostenfrei im Bürgerinfoportal einsehbar.

### **Frage 3: „Wieso wird gegen die Beschlüsse des Stadtrates gehandelt und welche Konsequenzen hat das?“**

„Der Bürger wollte die öffentlichen Aushänge der Stadt sehen.

Hauptsatzung § 23 Absatz 4 - Zeit, Ort und Tagesordnung der Stadtratssitzung und Ausschusssitzungen werden mindestens 3 volle Kalendertage, in Eilfällen rechtzeitig vor dem Termin im Internet und durch Aushang im Schaukasten des Rathauses der Stadt Dessau-Roßlau, Zerbster Straße 4, 4 a und 2 c und im Rathaus des Stadtteils Roßlau (Elbe), Markt 5 bekannt gemacht. Laut Mail aus dem Referat des OB vom 30.11.2021 soll der Bürger: Sie können die öffentlichen Bekanntmachungen an der Stadtmedienstelle (Schloßstraße) am Rathaus einsehen. Dies ist jederzeit, unabhängig von den Öffnungszeiten der Stadtverwaltung möglich. Da es sich hier nicht um die laut Stadtratsbeschluss, in der Hauptsatzung, angegebene Örtlichkeit für die Öffentliche Bekanntmachung handelt, ist hier gegen die öffentliche Bekanntmachungspflicht verstoßen worden. Der Verwaltung ist es frei gestellt in jedes Fenster ihrer Wahl irgendwelche Dokumente zu hängen, daraus wird dann aber nicht automatisch eine Öffentliche Bekanntmachung. Der Stadtrat hätte in seiner Sitzung am 08.12.2021 entsprechende Beschlüsse fassen können, damit auch in der Schlossstraße öffentlich ausgehängen werden könnte. Dies ist nicht erfolgt. Damit sollten wohl die Angaben in der Hauptsatzung gelten. Auch über das Amtsblatt ist nichts Anderweitiges veröffentlicht worden. Ich war am 17.01.2022 erneut auf dem Rathaus um die Öffentlichen Aushänge anzusehen. Ich hatte mich vorher angemeldet, ein Termin wollte man nicht vergeben. Dieser Termin wurde aber vom Sicherheitsdienst

gefordert. Man ist ernsthaft der Meinung man müsse mit einem Schaukasten einen Termin machen. Dieser Termin muss auch bestätigt werden. Wie der Schaukasten dieses machen soll kann dem Bürger bestimmt niemand verraten. Auch am 18.01.2022 war ich erneut auf dem Rathaus um die öffentlichen Aushänge anzusehen. Selbstverständlich mit erneuter Anmeldung. Eine Bestätigung des Schaukastens lag mir leider nicht vor. Ansage des Sicherheitsdienstes: dafür haben wir keine Zeit. Laut Auskunft von Frau Kuhnt sollte ich mitteilen wann ich vorbeikommen möchte. Dieses habe ich getan, dies führte aber trotzdem nicht zum Zugang zum Schaukasten. Ich mache den Herrn Oberbürgermeister auf § 64 Absatz 3 KVG LSA aufmerksam. Hier ist seit 30.11.2021 gegen die öffentliche Aushangfrist verstoßen worden. Nicht nur bei den Sitzungen auch bei allen anderen Aushängen.“

Aufgrund der momentanen Pandemiesituation ist der Schaukasten im Rathaus nur nach einer Terminvereinbarung für die Bürger zugänglich. Daher wird hilfsweise auf die Möglichkeit des Aushängens in der Stadtmedienstelle zurückgegriffen, erläutert **der Oberbürgermeister Dr. Reck**. Dort sind sämtliche Bekanntmachungen und Öffentliche Aushänge für jedermann ersichtlich. Er bittet um Verständnis.

Es liegen keine weiteren Anfragen vor.

## 7 Öffentliche Anfragen und Informationen

### 7.1 Berichterstattung des Oberbürgermeisters aus dem Pandemiestab

Die Powerpointpräsentation ist als Anlage der Niederschrift zu entnehmen. Der **Oberbürgermeister Herr Dr. Reck** berichtet über die stattgefundene Sitzung des Pandemiestabes sowie über die aktuellen Geschehnisse.

Derzeit liegt die Inzidenz der Stadt Dessau-Roßlau bei ungefähr 300. Er bedankt sich bei den Kolleginnen und Kollegen des Gesundheitswesens für deren konstante Arbeit. **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** informiert, dass es noch Impfkapazitäten gibt und dass die Möglichkeit besteht, Termine für das Impfzentrum mithilfe eines Onlinetools zu buchen. Die Impfquote bei den Erst- und Zweitimpfungen liegt momentan bei 80 Prozent und bei den Boosterimpfungen bei 43 Prozent. Somit steht die Stadt Dessau-Roßlau im Vergleich zu den anderen Kommunen nicht besser oder schlechter da. Gemäß der neuen Verordnung des Landes gilt weiterhin die Einhaltung der 2-G-Regel in der Gastronomie sowie für weite Teile des täglichen Lebens und die 3-G-Regel am Arbeitsplatz. Was im Pandemiestab immer wieder thematisiert wird bzw. vorbereitet wird, ist die grundsätzliche Impfpflicht ab dem 15.03.2022 für den Gesundheitsbereich. Die Betroffenen werden demnächst informiert, dass eine Prüfung stattfinden soll, ob Notfallpläne erstellt werden müssen und wie man mit der Situation umgeht. Dementsprechend müssen dann im Gesundheitsamt Bewertungen

stattfinden, wenn ungeimpfte Bürger ihren Arbeitsplatz aufsuchen wollen. Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert, dass in den Kindertageseinrichtungen sogenannte CO2-Ampeln zum Einsatz kommen werden und dass die Intensivbettenbelegung Stand heute bei 8 Betten liegt.

**Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste**, nimmt an der Videokonferenz teil (9).

Es werden folgende Wortmeldungen hervorgebracht:

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, möchte wissen, ob die Videobotschaften des Oberbürgermeisters in einem regelmäßigen Rhythmus veröffentlicht werden? Er möchte damit eine gewisse Verlässlichkeit bewirken und dass eine sachliche, präzise und einheitliche Position der Verwaltung vertreten wird.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** bestätigt, dass es weitere Videobotschaften geben wird und dass in den sozialen Medien Informationen geteilt werden. Ihm ist es wichtig, dass die Impfangebote angenommen werden, um weite Teile der Bevölkerung zu schützen.

**Frau Koschig, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste**, thematisiert die Impfpflicht ab 15.03.2022 für das medizinische Personal. Sie möchte wissen, ob es Personal gibt, was nicht geimpft ist? Wie wird weiter vorgegangen, wenn diese Personen sich nicht impfen lassen wollen? Werden sie dann gekündigt oder kann man sie anderweitig beschäftigen? Kann das entstehende Personaldefizit aufgefangen werden?

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** berichtet, dass das Städtische Klinikum Dessau bereits dabei ist, eine Statistik zu erheben und einen Notfallplan zu erarbeiten. Das Klinikum bereitet sich darauf vor, wie man ohne den Anteil der ungeimpften Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurechtkommt, wenn man die Ungeimpften nicht mehr in die Arbeitsstätte lassen kann. Weiterhin erläutert er den Ablauf der Vorgehensweise. Die Regelungen sehen vor, dass die ungeimpften Mitarbeiter den Gesundheitsämtern gemeldet werden und die Ämter im Rahmen einer Ermessensentscheidung entscheiden, ob die Arbeitnehmer die Arbeitsstätte betreten dürfen oder ob Beschäftigungsverbote ausgesprochen werden. Die Verwaltung wird im Rahmen der Prüfung den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit anwenden. Dieser Grundsatz sieht eine Staffelung in der Form vor, dass abzuwägen ist, ob ein milderes Mittel als das Beschäftigungsverbot existiert. Die Priorität ist es, dass die Versorgungssicherheit des Klinikums noch gewährleistet werden kann. Im Moment werden Schreiben diesbezüglich gefertigt, welche vom Beigeordneten für Gesundheit, Soziales und Bildung versandt werden, wo darauf hingewiesen wird, Statistiken zu erheben, Vorsorgepläne zu erstellen und Meldungen an die Gesundheitsämter zu tätigen. Er bestätigt, dass die Versorgungssicherheit und der behördliche Grundsatz der Verhältnismäßigkeit von Maßnahmen das Handeln der Verwaltung leiten wird.

**Herr Mrosek, Fraktion AfD**, möchte von Herrn Beigeordneten Krause erfahren, ob bereits Kündigungen von Mitarbeitern des medizinischen Personals bzw. des Pflegepersonals, welche vorsorglich gekündigt haben, vorliegen.

**Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung**, hat bisher keinen Kenntnisstand darüber, dass Mitarbeiter vorsorglich gekündigt haben. Des Weiteren informiert er, dass das Klinikum einen Gesamtüberblick über das Impfgeschehen der Mitarbeiter anfertigt. Diese Daten werden vermutlich erst in der nächsten Sitzung des Pandemiestabes vorliegen.

**Herr Fricke, Fraktion SPD**, möchte von Herrn Oberbürgermeister Dr. Reck erfahren, ob Daten aus den Pflegeheimen bekannt sind? **Herr Adamek, Fraktion CDU**, bittet um ein Augenmerk auf die Situation der ambulanten Pflegedienste. **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** erklärt, dass im Rahmen der Lagemeldungen durchaus Daten über den Impfstatus in den Pflegeheimen vorliegen, aber das Land über die Heimaufsicht mehr Informationen hat.

**Herr Stadtrat Schönemann** möchte gerne die Position des politischen Gremiums der Stadt bezüglich der Montagsspaziergänge erfahren. Es ist eine demokratische Art der Äußerung und sofern sie gewaltlos bleibt, ist es zu akzeptieren, so lautet der Standpunkt der Fraktion Die Linke. Er weist weiterhin daraufhin, dass man dieses Thema nicht ignorieren bzw. aussitzen sollte. Man sollte sich stattdessen damit beschäftigen und eventuell eine Allianz der Vernunft und Solidarität gründen.

**Herr Stadtrat Mrosek** berichtet, dass er bei den Montagsspaziergängen dabei ist. Dort versammeln sich Menschen, die gegen die Impfpflicht sowie die Kinderimpfung auf die Straße gehen. Er gibt zu Protokoll, dass sie keine Impfgegner sind und das Impfen freiwillig bleiben muss.

## 7.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

**Herr Fricke, Fraktion SPD**, informiert, dass der Mietspiegel zeitnah für alle verpflichtend kommen wird und dass dafür Haushaltsmittel eingeplant wurden. Er möchte den aktuellen Sachstand mit einer Zeitschiene erfahren sowie ob eine Ausschreibung bereits erfolgt oder in Planung ist.

**Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung**, bestätigt, dass dieses Thema regelmäßig im Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales beraten wird. Des Weiteren informiert er, dass eine Ausschreibung für einen qualifizierten Mietspiegel vorbereitet wird, wofür auch Haushaltsmittel vorgesehen sind. Eine genaue Zeitschiene wird das Dezernat nachreichen.

**Herr Mrosek, Fraktion AfD**, berichtet, dass er vor kurzem mit ein paar sachkundigen Einwohnern eine Grabenbegehung durch Mosigkau durchgeführt hat. Dabei musste er mit Einsetzen feststellen, dass insbesondere der Wullenbach nicht beräumt wurde. Herr Stadtrat Mrosek möchte erfahren, wann dies geschehen wird. **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, sichert eine schriftliche Antwort zu.

**Herr Adamek, Fraktion CDU**, erläutert, dass das vorletzte sowie das letzte Jahrhunderthochwasser jetzt 20 Jahre bzw. 10 Jahre her sind. Die beiden Geschehnisse waren sehr prägend für die Stadt Dessau-Roßlau. Er wünscht sich, dass in einer Veranstaltung, Ausstellung oder ähnlichem noch einmal darauf hingewiesen wird. **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** nimmt diesen Vorschlag mit.

**Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste**, berichtet von einem Zeitungsartikel zum Thema Stadteingang Ost in der Mitteldeutschen Zeitung. Dieser Artikel spiegelt nicht das wieder was, nach Durchsicht aller Protokolle in den Ausschüssen und im Stadtrat, die Beschlusslage ist. Er kritisiert die Öffentlichkeitsarbeit diesbezüglich. Herr Fackiner wünscht sich, dass eine Zusammenfassung erstellt und im Amtsblatt veröffentlicht wird, welche die aktuelle Situation darlegt. Des Weiteren informiert er, dass auf der Webseite noch das Wettbewerbsergebnis dargestellt ist und dass daraus eine Erwartungshaltung entsteht, dass all dies zeitnah umgesetzt wird.

**Frau Beigeordnete Schlonski** bestätigt, dass davon auf der Internetseite der Stadt Dessau-Roßlau noch nichts zu finden ist, aber eine Veröffentlichung bereits in Planung ist. Sie ist über den Wunsch von Herrn Fackiner verwundert, da bereits so eine Zusammenfassung, welche die aktuelle Beschlusslage beinhaltet, im letzten Amtsblatt erschienen ist.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** ergänzt, dass klare Signale im Haushalt gesetzt wurden. Es sollte noch einmal deutlich kommuniziert werden, was die zeitnahen Maßnahmen, wie z. Bsp. die Gestaltung der Freiflächen am Johannbau, Planungsleistungen am Lustgarten oder die Betrachtung des Muldebalkons, sind.

**Herr Kellner, Fraktion CDU**, berichtet über ein Anliegen der Bürger des Schwarzen Stamms. Am Ende des Weges wurde ein Schlagbaum gesetzt, welcher allerdings vor dem Wendekreis verbaut wurde. Dadurch bedingt besteht keine Möglichkeit zum Wenden mehr. Er bitte um Prüfung des Sachverhalts.

**Der Vorsitzende des Ausschusses für Bauwesen, Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt, Herr Adamek**, sowie **die Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, Frau Schlonski**, bestätigen, dass sie die Thematik im morgigen Ausschuss behandeln werden. Des Weiteren informiert sie, dass eine Zuarbeit des Amtes für öffentliche Sicherheit und Ordnung notwendig sei.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, berichtet ebenfalls von dem gestrigen Zeitungsartikel mit der Präsentation des Stadteingangs Ost. Das verwandte Bild veranlasst zu Diskussionen. Mit den gewählten Kubaturen der Raumbedarfskonstellation entsteht ein Eindruck, der nicht förderlich ist. Er hat die Bitte, dass das Thema aktuell bleibt und punktuell realisiert wird.

**Herr Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau**, kritisiert die interfraktionellen Runden. Er hat kein Verständnis dafür, dass diese in Präsenz stattfinden, aber der Haupt- und Personalausschuss, obwohl die vorliegende Tagesordnung überschaubar ist, per Videokonferenz tagt. Des Weiteren kritisiert er, dass die Teilnehmerzahl gegenüber der Anzahl der Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses reduziert wurde und dass diese Runden nichtöffentlich stattfinden. **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** weist darauf hin, dass diese Runden der Kommunikation dienen und nicht der Entscheidungsfindung. Er wird die Hinweise dennoch aufgreifen.

## 8 Beschlussfassungen

### 8.1 **Maßnahmebeschluss zum Antrag der Stadt Dessau-Roßlau für das neue Bundes-Programm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI)** Vorlage: BV/473/2021/I-SSTE

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** führt kurz in die Beschlussvorlage ein und stellt sie danach zur Abstimmung.

**Herr Fricke, Fraktion SPD**, verlässt die Sitzung während diesem Tagesordnungspunkt (8).

**Abstimmungsergebnis: 08:00:00**

### 8.2 **Mittelfristige Schulentwicklungsplanung für allgemeinbildende Schulen der Stadt Dessau-Roßlau für den Planungszeitraum 2022/2023 bis 2026/2027** Vorlage: BV/344/2021/V-40

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** führt kurz in die Beschlussvorlage ein und informiert über einen ihm vorliegenden Änderungsantrag.

---

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, möchte gerne die Änderungen im Detail mit seiner Fraktion besprechen. Dennoch sieht er keinen Widerspruch zur Gesamtsituation.

**Herr Mrosek, Fraktion AfD**, erläutert, dass die Anlage 1, Punkt 1.1. sowie Anlage 2, Punkt 2.1. bereits durch einen Stadtratsbeschluss bestätigt sind und dass er Anlage 1, Punkt 1.2. zustimmt. Den Punkt 2.2. der Anlage 2 lehnt die Fraktion ab, da dieses Grundstück ein Privatgrundstück ist. Es sollten Bestandsimmobilien wie z. Bsp. die Bietheschule oder die Gebäude in der Chaponstraße bzw. Bernburger Straße in Betracht gezogen werden.

**Herr Fricke, Fraktion SPD**, tritt der Videokonferenz bei (9).

**Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung**, berichtet, dass der Änderungsantrag vom Einreicher übernommen wird. Im morgigen Ausschuss für Bauwesen, Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt wird eine Beschlussvorlage, die sich mit der Untersuchung zur Erweiterung bzw. mit dem Standortwechsel beschäftigt, behandelt. Das bedeutet, wenn wir das heute so beschließen würden, dann muss die Beschlussvorlage im morgigen Ausschuss um die Wolfframsdorffstraße erweitert werden.

Für **Herrn Stadtrat Mrosek** ist es unverständlich, warum bei einem Privatgrundstück eine Prüfung erfolgen soll, wenn man bereits bestehende Bestandsimmobilien besitzt, die vielleicht preiswerter saniert werden können als ein Neubau. Er bittet um Stellungnahme.

**Herr Beigeordnete Krause** erläutert, dass in der morgigen Beschlussvorlage durch die Verwaltung 3 Varianten vorgeschlagen werden, u. a. auch die Bietheschule. Das ist eine Schule, die frei durch den Einzug in den Neubau wird. Alle anderen Schulen sind als Bestandsimmobilien auch durchleuchtet worden. Dort sind jede Menge Kriterien angesetzt worden, die dann auch einer Bewertung zuzuführen waren. Diese Bestandsimmobilien sind aus bestimmten Gründen rausgefallen.

**Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, ergänzt, dass insgesamt 8 Standorte untersucht wurden und die Verwaltung zu dem Entschluss gekommen ist, 3 Standorte für eine Machbarkeitsstudie zu untersuchen. Diese Standorte sind die Bernburger Straße, die Chaponstraße und die ehemalige Bietheschule.

**Herr Stadtrat Schönemann** und **Herr Kellner, Fraktion CDU**, informieren, dass die Bausubstanz bei den Bestandsimmobilien mit einem erheblichen Mehraufwand zu ertüchtigen ist als ein Neubau. Herr Stadtrat Kellner hält die Modulbauweise für sehr zukunftsträchtig.

**Herr Fricke, Fraktion SPD**, führt zu dem Sachverhalt der Pestalozzischule aus. Er erwartet, dass ein ähnlicher Widerstand aus der Elternschaft und dem Kollegium bei

der Thematik der Regenbogenschule auftreten wird. Zu dem Thema der Machbarkeitsstudie muss sich ausführlich unterhalten werden, denn man darf mit diesen Schülern, die zweifellos besonderer Zuwendungen bedürfen, nicht so umgehen. Die Bietheschule ist seiner Meinung nach aufgrund der Lage kein geeigneter Standort. Er würde die Chaponstraße oder Bernburger Straße für geeigneter finden.

**Herr Beigeordneter Krause** erläutert, dass sich die Verwaltung an den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit halten muss und deshalb der Standort Bietheschule mit in Betracht gezogen wird.

Nach der Diskussion stellt der **Vorsitzende des Haupt- und Personalausschuss** den Änderungsantrag zur Abstimmung. Dieser Änderungsantrag wird mehrheitlich mit 06:00:03 angenommen.

Danach wird die Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis: 08:00:01**

Nach der Abstimmung begründet **Herr Stadtrat Mrosek** seine Entscheidung zur Enthaltung.

### **8.3 Einrichtung eines qualifizierten Bürgeramtes im Roßlauer Rathaus gemäß § 8, Abschnitt (4) des Fusionsvertrages Vorlage: FV/001/2022/FrFr**

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, erläutert, dass die Fraktion dem Anliegen positiv gegenüberstehen. Des Weiteren informiert er, dass es keinen Fusionsvertrag gibt, sondern lediglich eine Gesetzesregelung für die Stadtkonstruktion Dessau-Roßlau mit dem Ziel, das Roßlauer Rathaus zu einem Bürgerzentrum zu qualifizieren und weiterzuentwickeln.

**Frau Koschig, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste**, stimmt der Beschlussvorlage zu. Sie möchte von der Verwaltung wissen, welche Angebote es ab dem 01.01.2008 gab und welche in der Zwischenzeit weggefallen sind? Wenn neue Angebote kommen sollten, welche Raumkapazität ist dann notwendig?

**Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen**, erläutert, dass ein Teil der Leistungen von Anfang an und bis heute noch angeboten werden. Derzeit können sie aber aus Krankheitsgründen nicht gewährleistet werden. Das Einwohnermeldeamt bietet 2 Sprechtage in der Woche an, welche im Durchschnitt nur von 10 Bürgern pro Sprechtag in Anspruch genommen werden. Weiterhin ist dort das

Steueramt durch eine Mitarbeiterin vertreten sowie das Referat für Gebietsänderung, welches derzeit leider krankheitsbedingt nicht geöffnet hat. Das aktuelle Problem liegt darin, dass das Rathaus zurzeit aufgrund der Pandemie nicht zugänglich für den Bürger ist, aber an einer Lösung wird bereits gearbeitet. Die Kfz-Zulassung und die Führerscheinstelle waren nie Bestandteil des Roßlauer Rathauses und werden es in absehbarer Zeit auch nicht.

Weiterhin berichtet Frau Bürgermeisterin Nußbeck über die aktuelle Situation in der Kfz-Zulassungsstelle am Standort Dessau. Derzeit werden 3 neue Mitarbeiter eingearbeitet, was in etwa noch 8 Wochen dauern wird. Danach kann die Verwaltung mehr Termine anbieten sowie den Abarbeitungsstau abarbeiten. Insofern soll im Rathaus Roßlau weiterhin das Bürgeramt angeboten werden, aber alle Leistungen, wie ursprünglich im Fusionsvertrag vereinbart, werden angesichts der Auslastungszahlen nicht umgesetzt.

**Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, Herr Kellner, Fraktion CDU, und Herr Fricke, Fraktion SPD,** unterstützen die Grundtendenz, aber weisen auf die korrekte Gremienabfolge hin. Zunächst sollte der Ortschaftsrat Roßlau angehört werden.

**Herr Mrosek, Fraktion AfD,** unterstützt die Fraktionsvorlage der Freien Fraktion Dessau-Roßlau.

**Herr Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau,** erfreut sich über die positive Resonanz der Mitglieder über den eingebrachten Antrag. Die Fraktion fordert ein, dass das Versprochene endlich umgesetzt wird. Herr Stadtrat Dreibrodt gibt folgendes zu Protokoll:

„Die Beschlussvorlage Grundsatzbeschluss zur Zusammenführung der Stadtverwaltung in der Dessauer Innenstadt wurde im Hauptausschuss am 17.11.2021 abschließend beraten und beschlossen und zwar ohne, dass vorher der Ortschaftsrat Roßlau angehört wurde. Nicht weil er nicht beschlussfähig war. Der Haupt- und Personalausschuss hat darüber entschieden, bevor überhaupt irgendjemand in Roßlau etwas dazu sagen konnte. Zweitens sind beide Beschlussvorlagen unabhängig voneinander und haben überhaupt nichts miteinander zu tun. Drittens ist die offensichtliche Absicht, beide Angelegenheiten miteinander zu vermischen, ein schäbiger Versuch den Roßlauern etwas zu verkaufen, was ihnen vertraglich mit der Fusion zur Doppelstadt schon lange zusteht und eigentlich schon längst gehört. Mit einfachen und deutlichen Worten muss man das ganze schlicht als versuchte Verdummung und Erpressung der Roßlauer Ortschaftsräte bezeichnen. Deswegen sollten wir heute unabhängig von irgendwelchen anderen Angelegenheiten sehr wohl über die Beschlussvorlage für das qualifizierte Bürgeramt im Roßlauer Rathaus beraten und entscheiden.“

**Herr Adamek, Fraktion CDU,** erläutert, dass die Entscheidung am 17.11.2021 für die komplette Stadt Dessau-Roßlau getroffen wurde und nicht nur für den Stadtbereich Roßlau. Es sieht eine komplette Zusammenlegung der Stadtverwaltung vor. Er legt weiterhin dar, dass keiner dagegen ist, das Roßlauer Rathaus weiterzuentwi-

---

ckeln und zu qualifizieren. Dennoch möchte Herr Stadtrat Adamek, dass aus der Richtigkeit der Sache der Ortschaftsrat Roßlau hierzu vorab angehört wird.

**Herr Stadtrat Kellner** erhofft sich für die Zukunft, dass die Ortschaftsräte und Stadtbezirke als erstes angehört werden, bevor die Beschlussvorlagen in die Ausschüsse gehen.

**Herr Stadtrat Schönemann** präzisiert, dass die Beschlussvorlage, die Herr Stadtrat Dreibrodt angesprochen hat, welche die Zusammenführung der Verwaltung der Stadt Dessau-Roßlau betrifft, bereits 10 Jahre her ist. Die Mehrheit der Fraktionen steht hinter dem Anliegen, dass das Rathaus in Roßlau weiterentwickelt wird. Dennoch sollte die festgelegte Beratungsreihenfolge eingehalten werden.

**Herr Stadtrat Dreibrodt** weist darauf hin, dass die Mehrheit des Roßlauer Ortschaftsrates diesbezüglich ihre Zustimmung geben werden. Viel mehr wird der Ortschaftsrat diese Vorlage mit Inhalten füllen und mit Terminen präzisieren. Das Anliegen der Freien Fraktion Dessau-Roßlau mit diesem Antrag war es, die Stadt Dessau-Roßlau nicht unter Druck zu setzen. Weiterhin informiert er, dass der Fusionsvertrag die Errichtung einer örtlichen Verwaltung in Roßlau beinhaltet, welches nicht einmal ansatzweise umgesetzt wurde.

**Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste**, sowie **Herr Adamek, Fraktion CDU**, einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung. Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt (04:02:03).

Die Fraktionsvorlage wird auf die nächste Tagesordnung des Haupt- und Personalausschusses am 23.02.2022 gesetzt.

Nach dem Tagesordnungspunkt wird eine Pause von 5 Minuten durchgeführt und die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.

## **13 Schließung der Sitzung**

Der **Ausschussvorsitzende** stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung um 19:25 Uhr.

Dessau-Roßlau, 07.03.22

---

Dr. Robert Reck  
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

J. von Kloeden  
Schriftführer